

Dr. Andreas Schockenhoff

für den Wahlkreis Ravensburg im Deutschen Bundestag



Berlin *aktuell*

Ausgabe Nr. 3/2010 • 11. Februar 2010

Thema der Woche

Änderung der Vergütungsregelungen für Photovoltaik

Informationen zum aktuellen Stand der Diskussion

Die Nutzung der Photovoltaiktechnologie zur Stromerzeugung ist eine Erfolgsgeschichte. Seit Inkrafttreten des EEG im Jahr 2000 hat sich der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtstromverbrauch stetig erhöht und liegt bei derzeit rund 16 %. Die Leistung des Solarstroms hat sich dabei allein in den Jahren 2008 und 2009 verdoppelt.

Die christlich-liberale Regierungskoalition unterstützt einen dynamischen Ausbau der Erneuerbaren Energien mit dem Ziel, möglichst schnell die Wettbewerbsfähigkeit dieser neuen innovativen Energietechnologien zu erreichen.

Gerade die Solarenergie hat im Vergleich zu den anderen Erneuerbaren Energien das größte Ausbau- und Kostensenkungspotenzial. Diese Potenziale wollen wir nutzen. Dem großen Erfolg der Photovoltaik in jüngster Vergangenheit – nämlich, dass sie schneller gewachsen ist und zu niedrigeren Kosten produzieren kann – müssen wir jetzt Rechnung tragen. Diese Einschätzung tragen grundsätzlich selbst die Interessenvertreter der Solarenergiebranche.

Allein im letzten Jahr sind die Systempreise (Modulpreise plus Installationskosten) insgesamt um durchschnittlich rd. 30 % gesunken. Für 2010 wird in Fachkreisen noch mal eine Preissenkung in der Größenordnung von 10 % bis 15 % vorausgesagt. Der Preisrückgang führt bei den gegenwärtigen Vergütungssätzen zu einer Überförderung und damit zu wirtschaftlichen Fehlanreizen. Der Markt für Photovoltaik wächst dadurch wesentlich schneller als ursprünglich prognostiziert, da wegen der Überförderung und des Systempreisverfalls sehr gute Renditen zu erzielen sind. Im letzten Jahr wurden mit mehr als 3.000 MW etwa doppelt so viel installierte Stromleistung erzielt, als

es die Szenarien des Bundesumweltministeriums vorhergesehen hatten.

Diese Überförderung muss auch deshalb vermieden werden, um die Akzeptanz des Verbrauchers für die steigenden EEG-Umlagen nicht zu beschädigen. Schätzungen zufolge zahlen deutsche Haushalte per EEG-Umlage allein in diesem Jahr mehr als drei Mrd. Euro für den Solarstrom. Bis zum Jahr 2030 summieren sich die sog. Differenzkosten auf rund 55 Mrd. Euro (Berechnungen auf Basis des BMU-Leitszenarios 2009 mit einem durchschnittlichen Zubau von 1.500 MW PV-Leistung pro Jahr). Wir wollen die Stromkunden von den unnötig hohen Kosten entlasten.

CDU, CSU und FDP haben bereits im Koalitionsvertrag vom 26. Oktober 2009 zum Thema Photovoltaik formuliert: *„Wir bekennen uns zur Solarenergie als wichtige Zukunftstechnologie am Standort Deutschland. Wir werden mit einer Anhörung in den Dialog mit der Solarbranche und Verbraucherorganisationen treten, mit welchen Anpassungen kurzfristig Überförderungen bei der Photovoltaik vermieden werden können. Dabei werden wir auch prüfen, wie die Förderung der Freiflächenanlagen noch stärker auf die Nutzung von versiegelten oder vorbelasteten Flächen ausgerichtet werden kann.“*

Gesetz zur Anpassung der Vergütung für Strom aus solarer Strahlungsenergie

Mit dem Gesetz zur Anpassung der Vergütung für Strom aus solarer Strahlungsenergie setzen wir ein klares Signal an die Branche, dass wir in die Photovoltaik-Technologie weiterhin investieren wollen. →

→Folgende Eckpunkte sind derzeit Stand der Diskussion
(9. Februar 2010):

- Bei Dachflächen soll eine Absenkung der Einspeisevergütung (Degression) um 16% ab 1. Juni 2010 erfolgen, bei Freiflächen um 15 % zum 1. Juli.
- Die Absenkung der Vergütung wird für Dach- und Freiflächen für das Jahr 2010 um jeweils 1 % erhöht. Damit liegt die jährliche Abschmelzung der Vergütung je nach Jahr und Anlagengröße bei 9 % - 11 %.
- Der Zielkorridor des Ausbaus wurde mit drei Gigawatt gegenüber dem EEG 2009 nahezu verdoppelt.

Die Höhe der Degression der Vergütungssätze verändert sich in Abhängigkeit vom Erreichen bzw. Überschreiten des Zielkorridors nach dem Prinzip des „Atmenden Deckels“. Beim Überschreiten der geplanten Ausbauziele wird die jährliche Vergütung zusätzlich reduziert, bei Nichterreichen wird die Vergütung weniger stark abgesenkt. Bei folgendem jährlichen Zubau von Photovoltaikleistung erfolgen zusätzliche Ab- bzw. Zuschläge zur Einspeisevergütung:

-Degressionsminderung: Zubau < 1500 MW + 7,5 %
< 2000 MW + 5 %
< 2500 MW + 2,5 %

-Degressionssteigerung: Zubau > 3500 MW - 2 %
(ab 2011) > 4500 MW - 4 %
> 5500 MW - 6 %

-Degressionssteigerung: Zubau > 3500 MW - 3 %
(ab 2012) > 4500 MW - 6 %
> 5500 MW - 9 %

Bei Eigenbedarf werden für Strom aus Dachanlagen bis zu einer Kapazitätsgrenze von ein MW zusätzlich zehn Cent Einspeisevergütung gezahlt, sofern der Strom selbst verbraucht wird. Bei der Eigennutzung des Photovoltaikstroms entfallen die Kosten für die Integration der volatilen Einspeisung in die Stromnetze. Diesen Kostenvorteil wollen wir an die Betreiber von Dachanlagen weitergeben. Zudem werden damit erforderliche Innovationen und Investitionen für die Stromspeicherung direkt bei den Erzeugern für den Eigenverbrauch angereizt.

Zum Umgang mit Freiflächenanlagen auf Ackerflächen gibt es nach wie vor eine Diskussion. Auch mit den vorangegangenen Eckpunkten habe ich lediglich den aktuellen Sachstand der Diskussion weitergegeben. Wir müssen den Kabinettsentwurf abwarten, der sämtliche Fragen abschließend klären wird.

Daten und Fakten

- **Mehr als eine Million Arbeitsplätze durch Kurzarbeit und flexible Arbeitszeiten gesichert:** Dank flexibler Arbeitszeiten und des Instruments der Kurzarbeit sind in Deutschland 2009 rund 1,2 Millionen Jobs gesichert worden. Insgesamt ist die durchschnittliche Jahresarbeitszeit krisenbedingt um 3,2 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg 2009 sprunghaft an und lag im Jahresdurchschnitt über einer Million. Bei ihnen fiel gut ein Drittel der normalen Arbeitszeit aus. Auf alle Arbeitnehmer umgerechnet waren es jährlich 15,5 Arbeitsstunden, nach 1,8 Stunden im Jahr 2008. Der Stand auf den Arbeitszeitkonten ist im Jahresverlauf 2009 um 9,3 Stunden je Arbeitnehmer abgeschmolzen. Kräftig abgenommen hat auch die bezahlte Mehrarbeit. Je Arbeitnehmer wurden 13 bezahlte Überstunden weniger geleistet als im Jahr 2008. (Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)
- **Investitionen in Bildung bringen höhere Rendite als Aktien:** Investitionen in Bildung lohnen sich deutlich mehr als bisher angenommen. Wer während einer längeren und aufwendigeren Ausbildung auf mögliches Gehalt verzichtet, erhält später umso mehr, in Einzelfällen sogar doppelt so viel. Im Durchschnitt liegen die privaten Bildungsrenditen bei sechs bis zehn Prozent und damit höher als die durchschnittlichen Renditen der meisten Geldanlageformen. Zudem senkt ein höheres Ausbildungsniveau das Risiko der Arbeitslosigkeit signifikant. Auch der Staat erhält über höhere Steuereinnahmen eine Bildungsrendite von durchschnittlich 7 Prozent. (Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)
- **Wirtschaftsleistung expandiert im Schlussquartal 2009:** Die Wirtschaftsleistung wächst deutlich und anhaltend. Wie schon im dritten Quartal beträgt die Zuwachsrate für das saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt Ende vergangenen Jahres 0,6 Prozent. Die Industriesektoren (Produzierendes Gewerbe ohne Bau) wachsen dabei mit 1,6 Prozent am deutlichsten und sind maßgeblich für die Aufwärtsbewegung verantwortlich. Auch für den Bereich „Handel, Gaststätten und Verkehr“ zeichnet sich ein Wachstum von 0,7 Prozent ab. (Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

Zur politischen Lage

100 erfolgreiche Tage für Deutschland

Die christlich-liberale Bundesregierung hat in den ersten drei Monaten die Politik der Krisenbekämpfung entschieden und erfolgreich fortgesetzt, gleichzeitig aber auch neue politische Spielräume genutzt, die sich durch den Koalitionswechsel ergeben haben. Insbesondere unser wachstumsstimulierendes Sofortprogramm wäre mit der SPD nicht möglich gewesen. Wir haben vor dem Hintergrund der schweren Wirtschaftskrise keine Zeit verloren und die Regelungen zur Kurzarbeit verlängert, so dass den Arbeitgebern, die trotz unsicherer Erwartungen keine Entlassungen vornehmen, Planungssicherheit gegeben wird. Ohne eine solche neue Regelung würde die Bezugsfrist für Kurzarbeit, die 2010 begonnen wird, lediglich maximal sechs Monate betragen. Ebenfalls fortgeführt werden die besonderen Erleichterungen im Bereich der Kurzarbeit, so z. B. die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge.

Mit dem Sozialversicherungsstabilisierungsgesetz spannen wir einen weiteren Schutzschirm für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Ohne dieses Gesetz müssten die Beiträge in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung steigen, was angesichts der ohnehin schon hohen Belastungen der Unternehmen zahlreiche Entlassungen zur Folge hätte. Dank unserer Politik ist es gelungen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Krise auf ein Minimum zu begrenzen. Kein anderes Industrieland hat infolge der weltweiten Wirtschaftskrise einen stabileren Arbeitsmarkt als wir.

Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz haben wir weitere Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger durchgesetzt sowie wichtige Wachstumsimpulse gegeben. Besondere Nutznießer dieser Maßnahmen sind die Familien. Dank der Steuersenkungen und gleichzeitiger Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge haben sie seit Januar dieses Jahres deutlich mehr Geld in der Tasche. So kann etwa eine vierköpfige Familie mit einem Haushaltseinkommen von 54.000 Euro über rund 1.600 Euro mehr verfügen. Zudem erleichtern es die steuerpolitischen Neuregelungen im Bereich der Unternehmens-, Gewerbe- und Erbschaftssteuer den Unternehmen, mit den Auswirkungen der Krise fertig zu werden.

Auch in anderen Bereichen ist die christlich-liberale Koalition auf gutem Weg: Wir haben vereinbart, die Investitionen in Bildung und Forschung und damit in den Schlüssel zu unserer Zukunft weiter zu erhöhen. Durch Reformen im Gesundheitssystem werden wir dafür sorgen, dass weiterhin jeder Bewohner unseres Landes Zugang zu einer hervorragenden medizinischen Versorgung zu bezahlbaren Preisen hat.

Der Euro muss stabil bleiben

Mit Sorge betrachten wir die aktuelle wirtschaftliche und finanzpolitische Entwicklung in Griechenland. Die Neuverschuldung des griechischen Staatshaushalts hat mit 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts einen Rekordstand erreicht. Die Europäische Kommission hat Griechenland der verschärften haushalts- und wirtschaftspolitischen Überwachung unterstellt. Die EU-Kommission leitete wegen geschönter statistischer Angaben ein Vertragsverletzungsverfahren ein. Die Annahme der Maßnahmen der Kommission ist für den nächsten Finanzministerrat am 16. Februar terminiert. Bis 2012 hat Griechenland Zeit, sein gravierendes Staatsdefizit in den Griff bekommen. Einschneidende Strukturreformen sind hierfür unabdingbar. Die Regierung in Athen muss das Staatsdefizit nun in den kommenden zwei Jahren unter die Marke von drei Prozent drücken, um den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder einzuhalten und in seiner Wettbewerbsfähigkeit zu den anderen Mitgliedern der Eurozone aufzuschließen. Diese Fristverlängerung bis 2012 geht einher mit der Einleitung des verschärften Defizitverfahrens. Danach muss Athen jetzt alle zwei bis drei Monate in Brüssel über seine haushaltspolitische Entwicklung Bericht erstatten. Sollte das Ziel verfehlt werden, drohen harte Sanktionen.

Das entschiedene Vorgehen der EU-Kommission zeigt Wirkung. Portugal hat im Kampf gegen sein Haushaltsdefizit ebenfalls entschlossene Schritte angekündigt. Die Regierung in Lissabon hatte im vergangenen Jahr mit einem Defizit von 8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu kämpfen. Nur mit einer stabilitätsorientierten Haushaltspolitik aller Mitgliedstaaten der Eurozone können wir den Euro stabil halten. Diese Einsicht muss auf den anstehenden Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs und der EU-Finanzminister noch einmal sehr deutlich gemacht werden. Die Voraussetzungen hierfür sind in der Eurozone vergleichsweise besser als andernorts. Während der Internationale Währungsfonds für Länder wie die USA und Japan für 2010 Haushaltsdefizite von 10 Prozent erwartet, werden für den Euroraum nur 6 Prozent prognostiziert. Damit hebt sich unser Wirtschaftsraum vorteilhaft von den beiden großen Ländern ab. Wie wichtig eine solide Haushaltspolitik ist, zeigt gerade die Diskussion darüber, ob die USA mittel- bis langfristig die Spitzennote für die Bonität ihrer Staatsanleihen verlieren könnten. Dies hätte zur Folge, dass die USA höhere Zinsen für neue Staatsanleihen zahlen müsste. Dies alles zeigt, der Euro hat gute Chancen, eine harte Währung zu bleiben.

Terminvorschau

21.02.2010, 10.00 Uhr
Internationaler Brennertag
Messe Friedrichshafen

22. – 26.02 2010
Sitzungswoche in Berlin

27.02.2010, 15.30 Uhr
Kreisverband Ravensburg
Neumitgliederveranstaltung
Ravensburg

28.02.2010, 11.00 Uhr
Frühschoppen CDU Neuravensburg
Gasthaus Landhaus
Achberg-Esseratsweiler

01.03.2010, 09.00 Uhr
Präsidiumssitzung und Landesvorstand
Stuttgart

01.-05.03. 2010
Sitzungswoche in Berlin

**WICHTIG: Nächste Bürgersprechstunde: 09. März 2010, 16.00 – 18.00 Uhr in der
Kreisgeschäftsstelle in Weingarten**

Impressum



Dr. Andreas Schockenhoff
Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Wahlkreis Ravensburg-Bodensee
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Tel. 030/ 227-73174
Fax 030/ 227-76955
www.schockenhoff.de
andreas.schockenhoff@bundestag.de